

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement RM. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 20. Mai
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Bundes), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwahnstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Frauenrechte und Sozialdemokratie. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Die Ausbreitung und Vertiefung der Arbeiterinnenbewegung in den Jahren 1895 bis 1898. Von Dr. Robert Michels. — Frauenrecht und bürgerlicher Freisinn. Von Anna Scholz-Görlich. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Ein Streber. Von Philipp Langmann.

Notizenteil: Vereinsrecht der Frauen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung.

Frauenrechte und Sozialdemokratie.

Der „Verein für Frauenstimmrecht“ hat den Versuch unternommen, die bürgerlichen Frauen zur Beteiligung am Reichstagswahlkampf zu rufen und zu führen. So weit so gut. Bereits in der letzten Nummer dieser Zeitschrift haben wir kurz die wichtigsten Gründe aufgezeigt, weshalb dieses Beginnen — trotz aller Mängel, die ihm eignen — einen begrüßenswerten Fortschritt der deutschen Frauenrechte bedeutet. Die Aktion des „Vereins für Frauenstimmrecht“, so hieß es da unter anderem, „wirkt in der Richtung politischer Parteibildungen im frauenrechtlerischen Lager und arbeitet an der Zertrümmerung der albern Phantasterei, daß die eine, ungeteilte Frauenbewegung in himmlischer Gerechtigkeit über den Wolken und Nebeln des Parteiwesens schwebt. Sie zeigt sonnenklar, daß den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen der Kampf für die kapitalistische Ordnung über den Kampf für Frauenrechte geht“.

Was wir in dieser doppelten Beziehung erwartet, das beginnt bereits sich dort zu erfüllen, wo die Führerinnen des „Vereins für Frauenstimmrecht“ dem Wischiwaschi ihres Aufrufs und Mundschreibens praktische politische Arbeit folgen lassen, wo sie von Worten zu Taten übergehen. In Hamburg haben Fräulein Heymann und Fräulein Augspurg, die beide dem Vorstand dieser Organisation angehören, in Artikeln wie in öffentlichen Frauenversammlungen die bürgerlichen Frauen aufgefordert, der freisinnigen Volkspartei kräftige Wahlhilfe zu leisten.

Auch von dieser Stellungnahme gilt für uns: so weit so gut. Sie befähigt durchaus die grundsätzliche Auffassung, welche die „Gleichheit“ von jeher mit aller Klarheit und Schärfe vertreten hat. Das Geseire von der großen allgemeinen „Schwesternschaft“ aller Frauen, innerhalb welcher angeblich die Rechtlosigkeit des Geschlechts die Unterschiede der Klassen auslöscht, mag noch so gefühlvoll gen Himmel steigen: die Tatsachen erweisen immer wieder aufs neue, daß auch in der Frauenwelt die unüberbrückbaren Klassegegensätze ihre entscheidende Rolle spielen. Es ist deshalb geschichtlich bedingt und gerechtfertigt, daß die radikalen Vorstandsdamen des radikalen „Vereins für Frauenstimmrecht“ dem lenkenlahmen freisinnigen Parteichen Hand- und Spanndienste anbieten. Zwar hat dieses sich bis jetzt nie grundsätzlich für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter erklärt, zwar haben nur ab und zu einzelne seiner Anhänger der Frauenbewegung das Almosen eines lauen und launen Eintretens für die oder jene Forderung zugeworfen. Dafür aber hat das Häuflein derer um Richter jederzeit mit inbrünstigem, fanatischem Hasse die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse bekämpft. Zwar gibt es andererseits in Deutschland eine starke Partei, eine einzige Partei — die Sozialdemokratie — welche stets grundsätzlich und praktisch die volle

rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann vertritt. Aber diese Partei erstrebt gleichzeitig den „Umsturz“ dieser kapitalistischen Gesellschaft, das Ende der Klassenherrschaft der Besitzenden über die Habenichtse. Als Bourgeoisdamen ziehen die radikalen Frauenrechtlerinnen die politische Schutztruppe des Kapitalismus den Vorkämpfern für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts vor.

Leider haben jedoch die Damen diese ihre konsequente Stellungnahme durch eine unkonsequente und unwahre Begründung besetzt. Sowohl Fräulein Heymann wie Fräulein Augspurg erklärten nach Zeitungsberichten, die bis heute unwidersprochen geblieben sind, daß die bürgerlichen Frauen im Wahlkampfe nicht für die Sozialdemokratie eintreten könnten, weil diese wohl die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in ihrem Programm habe, aber nicht halte, was das Programm verspricht, wie die Erfahrungen in Frankreich und Belgien zeigten. Diese Begründung ist offenbar von dem Bedürfnis ausgebrütet worden, die frauenrechtlerische Seele ob ihrer Unterjochung durch die kapitalistische Seele zu trösten. Aber sie wird in der Folge weder richtiger noch achtungswerter. Es würde zu weit führen, wollten wir heute an dieser Stelle dartun, daß die ganz allgemein gehaltenen Anwürfe nicht begründet sind, welche Fräulein Heymann und Fräulein Augspurg gegen unsere französischen und belgischen Genossen geschleudert haben. Allein sogar angenommen — nicht zugegeben — sie wären zutreffend, heißt es der Logik wie der geschichtlichen Wahrheit dumm und dreist ins Gesicht schlagen, wenn man aus der Haltung ausländischer Sozialisten ohne weiteres den Rückschluß zieht, die deutsche Sozialdemokratie erkläre sich zwar in der Theorie für volles Frauenrecht, verfechte es aber nicht in der Praxis. Wie niedrig würden die anlagenden Damen nicht mit Recht eine Logik einschätzen, welche aus den Narreteien und Tollheiten einzelner Frauenrechtlerinnen in Amerika und — anderwärts auf den Charakter und die Ziele der bürgerlichen Frauenbewegung schlußfolgern wollte! Jedoch tieferstehend noch als die Logik ist die Gewissenhaftigkeit der angezogenen Unterstellung. In der Geschichte des Kampfes um Frauenrechte in Deutschland steht Blatt für Blatt verzeichnet, daß die Sozialdemokratie stets und lange allein im dichtesten Schlachtgetümmel für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gestritten hat. Schlimmeres als die Unkenntnis frisch zur Erde gefallener Mondkaiser, böswillige Verlogenheit nur kann es wagen, den Ernst und die Energie des sozialdemokratischen Eintretens für Frauenrechte zu gunsten irgend einer bürgerlichen Partei zu verdächtigen. Denn die grundsätzliche, feste Haltung der Sozialdemokratie kann um so weniger übersehen und vergessen werden, als sie sich in leuchtendem Gegensatz von dem Unverständnis, der Gleichgültigkeit, ja der Feindschaft abhebt, welche die bürgerlichen Parteien — die sogenannte bürgerliche Demokratie nicht ausgenommen — gegenüber der vollen Rechtsgleichheit der Geschlechter bekundet haben.

Wo ist in Deutschland die politische Partei, welche der Sozialdemokratie gleich sich mit der Frauenfrage ernstlich beschäftigt, ihre Forderungen prinzipiell als berechtigt anerkannt und zu dem ihrigen gemacht hat? Wo die Partei, welche wie die Sozialdemokratie die Frauen in ihren Reihen als völlig gleichberechtigte Mitglieder zur Arbeit, zur Entscheidung, zu verantwortungsvollen Posten, zu Ehrenämtern zuläßt, ihre Parteitagorte mit Rücksicht auf die vereinsgesetzlich unbehinderte Beteiligung der Frauen wählt, wieder und wieder die Mittel und Wege erörtert, diesen im Partei-

leben die freieste Betätigungsmöglichkeit zu schaffen, immer größere Frauenmassen zu selbständigem geistigen Leben, zum Kampfe für Freiheit und Bildung zu rufen und zu schulen?

Gewiß, die Nationalsozialen wenden der Frauenfrage große und steigende Aufmerksamkeit zu; sie legen wachsendes Verständnis für ihre Forderungen an den Tag; der Zutritt zu ihrem politischen Boetenstüblein, pardon, die Parteimitgliedschaft ist den Frauen unverwehrt. Aber in ihrer Gesamtheit und grundsätzlich hat sich bis jetzt auch die Zukunftsfraktion von Naumann nicht für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts erklärt. Von ihrem allgemeinen Wohlwollen frauenrechtlichen Forderungen gegenüber gilt, daß der Knüppel beim Hunde liegt. Die führer-geeigneten, mannschaftsamen Nationalsozialen werben um so eifriger um den Anschluß der bürgerlichen Frauen, je verstockter sich die Arbeitermassen gegen die angepriesenen „realpolitischen“ Segnungen der Ehe zwischen Kaisertum und Demokratie erweisen. Von all dem abgesehen bildet übrigens ihre frauenrechtsfreundliche Haltung im bürgerlichen Lager nur die Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Der fortgeschrittenste Flügel der bürgerlichen Demokratie, die süddeutsche Volkspartei, hat es bis jetzt noch nicht einmal zu einer grundsätzlichen und einheitlichen Stellungnahme auch nur in der Frage des Frauenstudiums und der höheren weiblichen Berufstätigkeit gebracht! Bei den letzten württembergischen Landtagswahlen bestritt einer der hervorragendsten Führer der süddeutschen Demokratie die „geistigen“ Kosten seines Kampfes wider den sozialdemokratischen Gegenkandidaten zum erheblichen Teil mit Wippen spießbürgerlich-vulgärster Art gegen das — Frauenstimmrecht. Und wie steht es um die freisinnige Volkspartei, deren frauenrechtlerische Tugenden die Damen Heymann und Augspurg über das Bohnenlied gelobt haben, für deren Kandidaten sie im Interesse der Frauenrechte die bürgerlichen Damen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie führen wollen, die ihnen nicht frauenrechtlerisch waschecht genug dünkt? Ihre Hamburger Organisationen haben bis zu dieser Stunde trotz wiederholter Anträge und Aufforderungen ihre Statuten nicht dahin abgeändert, daß Frauen ordentliche Mitglieder werden könnten! Zusammen mit dem Skandal auf die unbesetzte frauenrechtlerische Gesinnungstüchtigkeit des Freisinns ertönte denn auch das frauenrechtlerische Flehen, die Parteiorganisationen möchten dem weiblichen Geschlecht ihre Reihen öffnen. Man ermesse an diesen Tatsachen, wie zwingend die Verhältnisse den biedereren radikalen Frauenrechtlerinnen die Aufgabe aufdrängen, behufs Rechtfertigung ihrer ordnungsretterischen Stellungnahme mit der Lupe nach Widersprüchen zwischen der sozialdemokratischen Theorie und Praxis in Sachen der Frauenrechte zu fahnden. Sie, die vergnügt das Kamel der vorenthaltenen parteipolitischen Gleichberechtigung von Seiten des Freisinns schlucken, haben es allerdings nötig, leidvoll-freudvoll die kleinsten Mücken philistinerhaft beschränkter Äußerungen z. einzelner Sozialdemokraten zu seihen.

Doch weiter! Wo ist im Deutschen Reiche die politische Partei, die in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften, im öffentlichen Leben gleich geschlossen, grundsätzlich unbengsam und energisch wie die Sozialdemokratie dafür kämpft, daß alle sozialen und rechtlichen Schranken fallen, welche zu gunsten männlichen Vorrechts der Frau die freie Entwicklung und Betätigung verwehren? Was das Frauenrecht auf höhere Bildung und Berufstätigkeit anbelangt, so hat sich die Sozialdemokratie als die zuverlässigste und konsequenteste Verteidigerin der frauenrechtlerischen Forderungen seit den Zeiten bewährt, wo dieselben als die „Ausgeburt der Hirnverbrannter Schachteln“ oder „dinenhafter Geschöpfe“ verlästert wurden. Deß sind vor allem die Reden unseres Genossen Nebel im Reichstag, unseres Genossen Vollmar im bayrischen Landtag ein glänzendes Zeugnis. Bei Schaffung des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit Zähigkeit und Schärfe für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gestritten. Um welche Einzelmaterie des Privatrechtes es sich auch handeln mochte: um Eheschließung und Ehescheidung, um die vermögensrechtliche Stellung der Ehegatten zueinander, das eheherrliche Mundium des Mannes über die Frau; die elterliche Gewalt; das Vormundschaftsrecht; die Rechtsfähigkeit; die gesetzliche Stellung der ledigen Mütter und ihrer Kinder z.: sie hat sich gegen jede Bestimmung gewendet, welche geeignet ist, das Ver-

fügungsrecht der Frau über ihre Person, ihren Besitz, ihr Einkommen zu schmälern und ihr minderes Recht als dem Manne zu gewähren.

Mit der gleichen Pflichttreue steht die Sozialdemokratie für das öffentliche Recht der Frau auf der Schanze. Wieder und wieder hat sie im Reichstag für das weibliche Geschlecht den Stimmzettel und die Wählbarkeit zu den Gewerbegerichten gefordert, seine Gleichberechtigung bei Verwaltung und Leitung aller Arbeiter-versicherungsanstalten. Für das Recht der Frau, in die Gemeindevertretungen zu wählen und gewählt zu werden, Zutritt zu allen kommunalen Ämtern, Betätigungsmöglichkeit auf allen Gebieten kommunalen Lebens zu erlangen, ist sie ihrem Programm entsprechend eingetreten, wann und wo immer die Gelegenheit dazu sich bot. Sie ist die kraftvollste Vorkämpferin für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Im Reichstag wie in den Landtagen der Bundesstaaten sucht die Sozialdemokratie von je und je den herrschenden Gewalten ein freiheitliches und gesichertes Vereins- und Versammlungsrecht für Frauen wie Männer zu entreißen. Wenn die Gesetzgebung sich hier und da bequememufte, das Vereinsrecht der Frau über die berühmte Gleichstellung mit Kindern, Lehrlingen und Schülern ein wenig hinauszuheben; wenn die Behörden allmählich immer mehr zu der Praxis des Grundsatzes erzogen werden, daß auf dem Gebiet des Versammlungswesens auch der Frau erlaubt sein muß, was das Gesetz nicht ausdrücklich verbietet: so ist das in erster Linie dem Kampfe der Sozialdemokratie zu verdanken, dabei des zähen und tapferen Kleinkriegs nicht zu vergessen, durch welchen unsere Genossinnen dem gesamten weiblichen Geschlecht größere Bewegungsfreiheit errungen haben. Vom Spott und Hohn der Gegner umbraust und nicht einmal von den Frauenrechtlerinnen unterstützt, hat die Sozialdemokratie in den Parlamenten ihre Stimme für das höchste, das wichtigste aller Frauenrechte erhoben: für das aktive und passive politische Frauenwahlrecht. 1895 forderte sie im Reichstag ein Gesetz, betreffend die Zusammensetzung der Landtage auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für alle großjährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Im sächsischen Landtag stellte die sozialdemokratische Fraktion das gleiche Begehren. In tausend und abertausend Versammlungen, in den abgelegenen Winkeln des Deutschen Reiches hat die Sozialdemokratie ihre Auffassung entwickelt und begründet, daß der Frau als Staatsbürgerin volles Recht gebühre. Aus Millionen Köpfen segte sie das Vorurteil gegen die Beteiligung des weiblichen Geschlechts am öffentlichen Leben. Der Forderung des Frauenstimmrechtes hat sie zweifelsohne mehr Anhänger und Anhängerinnen gewonnen, als die gesamte deutsche Frauenbewegung. Auch eine radikale Frauenrechtlerin braucht nicht die zehn Finger beider Hände, wenn sie die bürgerlichen Abgeordneten aufzählen will, die sich des gleichen Eintretens für Frauenrechte rühmen dürfen.

Aber freilich: wenn es sich um die bürgerlichen Parteien handelt, dann ebnen sich die aufgeblasenen Backen der anklagenden frauenrechtlerischen Posanmenengel und mit süßgespigtem Mäulchen werden die winzigsten Abschlagszahlungen gefeiert. Die freisinnige Volkspartei war so gnädig, einen Ausschuß aus vier Reichstagsabgeordneten einzusetzen, „welcher jederzeit bereit sein werde, mit dem Verband fortschrittlicher Frauenvereine zu verhandeln und dessen Wünsche und Forderungen zu vertreten, sobald für die Frauen wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen“. Das der Sozialdemokratie gegenüber so anspruchsvolle Fräulein Heymann jauchzt darob ebenso beglückt als bescheiden, daß der Freisinn damit „einen Teil der Forderungen der radikalen Frauenrechtlerinnen gutheißet“. Kein Wort des Bedauerns, geschweige denn der Kritik, daß der Freisinn nicht grundsätzlich zu der Gesamtheit der frauenrechtlerischen Ziele steht, daß er insbesondere die bedeutsamste aller Frauenrechtsforderungen verwirft: das Frauenwahlrecht. Dafür aber eine ausdrückliche Mahnung zur „vorläufigen“ Genügsamkeit. Wie groß diese Genügsamkeit bürgerlichen Politikern gegenüber ist — mit Recht mögen die „gemäßigten“ Frauenrechtlerinnen darüber lachen! — weist sinnfällig das Rundschreiben des „Vereins für Frauenstimmrecht“ aus. Es erklärt unter fadenscheiniger Begründung, daß für die Unterstützung eines Kandidaten seitens der bürgerlichen Frauen „die Frage seiner Haltung gegenüber dem Frauenstimmrecht nicht ausschlaggebend zu sein braucht“. Wer es seither noch nicht gewußt hat,

der weiß es nun: weshalb der Name „Verein für Frauenstimmrecht“! Die Selbstverhöhung des angeführten „klugen Rates“ ist übrigens nach zwei Seiten hin äußerst bezeichnend. Sie illustriert herzerfrischend deutlich, wie weit die empfohlenen „unentwegten“ bürgerlichen Frauenrechtsfreunde hinter der halben Berrats bezichtigten Sozialdemokratie zurückstehen. Sie bestätigt, daß in Deutschland die bürgerliche Frauenbewegung selbst bei weitem nicht gleich energisch als die Sozialdemokratie für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts kämpft. Nicht bloß Lügner, auch radikale Frauenrechtlerinnen müßten ein gutes Gedächtnis haben, wenn sie in einem Atemzuge die Forderung des Frauenwahlrechtes aus dem Wahlkampfe ausschneiden und die Sozialdemokratie mangelnder Energie in der Verfechtung der Frauenrechte verdächtigen. Ist dem nicht so, müssen sie sich gefallen lassen, daß ihnen unsanft auf den Mund und die Finger geklopft wird. Die Masken herunter! Wer in der Frauenwelt für die Aufrechterhaltung und Befestigung der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaftsstellung kämpfen will, der mag tun, was er nach Klassenlage und Überzeugung nicht lassen kann. Aber er tue es offen und ehrlich, geschmückt mit dem Wahrzeichen der goldenen Internationale und nicht mit der „weißen Friedensfahne“ der Frauenrechte.

Wie die Dinge sich in Deutschland entwickelt haben, gibt es zur Zeit nur eine Partei, für welche alle Angehörigen des weiblichen Geschlechts wirken und kämpfen müssen, denen Frauenrechte über Kapitalismacht gehen: die Sozialdemokratie. Denn sie allein von allen politischen Gruppierungen ist es, welche grundsätzlich für volles Frauenrecht kämpft, geleitet von klarer Einsicht in den geschichtlichen Entwicklungsgang und die von ihm gezeitigten Umwälzungen; befreit von einer vorurteilslosen Wertung der kulturellen Bedeutung weiblichen Wirkens auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit; durchdrungen von einer echt demokratischen Gesinnung. Der Sieg der Sozialdemokratie am 16. Juni ist auch ein Sieg der Frauenrechte.

Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien.

Von Dr. Robert Michels.

Die Ausbreitung und Vertiefung der Arbeiterinnenbewegung in den Jahren 1895 bis 1898.

Das Jahr 1893/94 mit seiner Erhebung der Sizilianer Bauernschaft und seinen Aufstandsversuchen der von den Anarchisten überbrachten Menge in Massa, Carrara und anderwärts, hatte natürlich eine Reaktion der Regierung zur Folge gehabt. Ausnahme-gesetze wurden geschaffen und auf Grund derselben der Versuch gemacht, die machtvoll aufsteigende sozialistische Partei zu erdrücken. Auf der ganzen Halbinsel wurden alle Arbeitervereine, mochten sie nun auf gewerkschaftlicher oder politischer Basis beruhen, aufgelöst und verboten. Aber der Sozialismus erprobte sich wieder einmal als stärker wie jede Reaktion. Kaum hatten die schlimmsten Maßregeln der Regierungsgewalt etwas nachgelassen, da erwachsen auch überall wieder die früheren Vereine und Gesellschaften wie die Pilze aus dem Boden, und zwar um ein beträchtliches stärker als sie vorher gewesen waren.

Inzwischen regte sich überall neues Leben. Wie in Mailand die Linda Malnati, so sammelte in Turin die Lehrerin Emilia Mariani Kleinbürgerinnen und Arbeiterinnen unter der Fahne eines wenn auch nicht wissenschaftlichen, so doch sehr wohlgemeinten Herzenssozialismus. Von allen Seiten wurde die proletarische Frau zum Kampfe gegen das Kapital und seine bösen Folgeerscheinungen ermutigt. Der bekannte Sozialist Fabio Maffi machte sich zum Verfasser einer Agitationsbroschüre, in welcher er die enge Verbindung von Sozialismus und Feminismus feierte. Dr. Aroldo Norlenghi legte eine Broschüre in die bürgerliche Sexualmoral, indem er als Grund- und Ecksteine jeder ehelichen Verbindung bloß „Gesundheit von Körper, Geist und Herz“ gelten lassen wollte. Edmondo De Amicis unterließ es nicht, in seinen sozialen Betrachtungen eine Hymne auf die Frau der sozialistischen Zukunft, welche „den Geist eines Mannes, aber das Herz eines Engels“ haben würde, zu singen.

* Fabio Maffi (ps. Biagio Carlantonio): „Fra Operaje di Città e di Campagna.“ Turin 1896. Libreria Editrice Socialista del Grido del Popolo.

** Aroldo Norlenghi: „Gergo Borghese.“ Mailand 1895. S. 7.

*** Edmondo De Amicis: „Lotte Civili.“ Florenz 1899. S. 133.

Zum innerlichen Erstarren der italienischen Arbeiterinnenbewegung in dieser Periode trugen vor allen Dingen zwei Umstände bei: die offizielle Anerkennung der Frau als politisch gleichberechtigtes Wesen auf dem Beratungstag zu Bologna (24. März 1895),* welcher durch einen für alle sozialistischen Parteien der Welt gültigen Beschluß des internationalen Kongresses zu London 1896 bestätigt werden sollte, sowie die Übersetzung des berühmten Buches von August Bebel über die Frau.** Während erstere der Proletarierin die Stellung im Klassenkampf anwies, die ihr gebührte, und somit alle etwaigen Widersacher der Frauenemanzipation in der Partei zum Schweigen brachte, sorgte letzteres für die theoretische Begründung jener politischen Maßregel. Bebel's „Frau“ ist noch heute eines der gelesensten Bücher in italienischen Bibliotheken. —

Allmählich hatte also die sozialistische Partei soviel Gelegenheit gehabt, mit den Forderungen der sogenannten Frauenrechtlerinnen sich zu befreunden, daß sie die völlige politische und familienrechtliche Gleichheit der Frau mit dem Manne im Prinzip anerkannte und in ihr Programm mit aufnahm.

Andrea Costa hatte seine Ansicht über die Zusammengehörigkeit von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung schon vor beinahe zwanzig Jahren einmal in die Worte zusammengefaßt: „Im Sozialismus müssen gewisse standalöse Ungleichheiten an Geisteskraft und Bildung verschwinden, welche für naturgegeben erachtet werden und doch nichts anderes sind als die traurige Konsequenz einer unglückseligen Gesellschaftsordnung.“*** Er war der Entwicklung seiner Partei in diesem Punkte vorausgeeilt.

Verweilen wir hier einen Augenblick! Praktisch war die Frau in der sozialistischen Partei immer völlig gleichberechtigt gewesen. Wir haben eine ganze Reihe von Frauen hintereinander und nebeneinander eine große Rolle in der Partei spielen sehen, und zwar nicht die Rolle der Beraterinnen hinter den Kulissen, geschweige die des in Königshäusern üblichen „dämonischen Weibes“, welches durch seine erotische Brunst die von ihm geliebten Männer zu großen Taten anreizt, sondern die Rolle mutiger und gescheiter Kämpferinnen, welche an der Seite der Männer wie Kameraden für das gleiche menscheitsbefreiende Ideal kämpften. Theoretisch jedoch war die Gleichberechtigung der Frau wohl oft genug ausgesprochen, aber seit dem Programm des Fascio Operaio vom Jahre 1891 nicht mehr mit genügender Schärfe präzisiert worden. Anna Kulischoff, die sich, wie es scheint, lange in der Frage des Stimmrechtes zurückgehalten hatte, forderte 1897 selbst auf, für das Frauenwahlrecht zu propagieren. „Hört doch nicht“, so rief sie aus, „auf alle die, welche euch wiederholen, ihr wäret unfähig und unvorbereitet für den politischen Kampf. Noch hat niemand etwas gelernt, ohne ans Werk zu gehen. Man lernt nicht schwimmen, wenn man sich nicht vorher ins Wasser wirft. Man lernt nicht nähen, wenn man nicht damit beginnt, die Nadel zur Hand zu nehmen. Auch das männliche Proletariat war unfähig und unvorbereitet. Nur mit der Übung erwirbt man Fähigkeiten.“†

Hier kommen wir nun von neuem auf das Streben Anna Kulischoffs zurück, die mit Hilfe einiger Genossinnen und Genossen auf dem bereits von Anna Solera Mantegazza gelegten Grundstein der Arbeiterinnenbewegung weiter baute.

Der Mittel- und Treffpunkt des gesamten Mailänder organisierten Proletariats, die Camera del Lavoro (Arbeitskammer)†† hatte ihre eigene große Frauengruppe (Gruppo Socialista Femminile), die seit ihrer Entstehung im Jahre 1885, man kann wohl sagen von Tag zu Tag, an Macht und Bedeutung wuchs.

Neben der Lohnbewegung, ja, eigentlich noch mehr als diese, lag der Kulischoff aber eine andere Bewegung am Herzen, nämlich die zur Erlangung eines staatlichen Frauen- und Kinderschutzgesetzes, deren Seele sie war. Was sie dazu bewog, gerade diese Seite der Reformtätigkeit zu der ihren zu machen, das hat sie in der ihr eigenen Weise vor dem Kriegsgericht des Jahres 1898 mit klaren und kurzen Worten selbst ausgedrückt.

„Wenn ich als Ärztin nicht immer mit dem moralischen und physischen Elend der arbeitenden Frauen in stetem Kontakt gewesen wäre, hätte ich ja vielleicht nicht einmal das bißchen Agitation zu ihren Gunsten getrieben, welche man mir nun vorwirft. Aber ich habe sie getrieben, und zwar zu ihrem Besten, und darüber freue ich mich jetzt.“†††

* Angiolini, loco cit., S. 244.

** Erschienen bei Kantorowicz in Mailand.

*** Bei Gennaro Messina: „Il Manuale dei Socialisti.“ Florenz 1901, S. 394. Aus einem Artikel in der Bolognaer Zeitung „Il Martello“, 1877.

† (Anna Kulischoff): „Alle Donne Italiane.“ Per le Elezioni Politiche. Mailand 1897. S. 13.

†† Ueber Aufgabe und Bedeutung dieser Arbeitskammern wird ein späterer Artikel sprechen.

††† Angiolini, loco cit., S. 295.

Anna war unaufhörlich bemüht, das, was sie als das Richtige erkannt hatte, in weitesten Kreisen zu propagieren. Schon 1893 auf dem Internationalen Kongreß in Zürich hatte sie der Frauenschutzgesetzgebung das Wort geredet. Nach Mailand zurückgekehrt, machte sie der Partei immer und immer wieder klar, wie wichtig es für den Fortschritt des Sozialismus sei, wenn die Frau nicht mehr willkürlich dem Arbeitgeber preisgegeben ist. Von nun an brachte die Kulischoff auf den italienischen Parteitag mit untrüglich wiederkehrender Gewißheit ihre Forderungen bezüglich des Frauenschutzes ein. Aber keiner der drei aufeinanderfolgenden Kongresse von Reggio Emilia (1893), Venedig (1895) und Bologna (1897) ging auf die Anträge der Russin näher ein.* Wohl erklärte sich eine Anzahl hervorragender Parteimitglieder, Costantino Vazzari, Dr. Osvaldo Gnocchi Viani, Ettore Reina, Carlo Monticelli und andere vollständig mit ihr einverstanden, aber die große Mehrzahl stand dem Vorschlag kühl gegenüber. Es war die Zeit der beginnenden großen politischen Kämpfe, und die italienischen Sozialisten hatten damals für die ökonomische Seite des Klassenkampfes im ganzen noch nicht sehr viel übrig.

Enttäuscht und wohl auch ein wenig erbittert entschloß sich Anna Kulischoff, „weil sich die Partei nur wenig mit dieser Frage beschäftigte“, selber zur Propaganda, um ihren Überzeugungen Anhang zu verschaffen. Sie hielt Vorträge, um den Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Einführung eines Gesetzes zu ihrem Schutze klar zu machen. „Denn“, so sagte sie selber, „ich hatte die feste Überzeugung, daß dieses Gesetz sehr viel leichter einzuführen sein werde, sobald diejenigen, welche durch es geschützt werden sollen, sich selbst über die Wichtigkeit eines solchen klar werden.“**

Unterstützt wurde Anna Kulischoff in dieser Arbeit von Ersilia Majno-Bronzini, der Gattin des berühmten Rechtsgelehrten Luigi Majno, welche sich auf dem Arbeiterunfallkongreß zu Mailand (19. März 1895) sehr energisch ebenfalls für staatlichen Eingriff in die Frauenarbeit aussprach. Bei dieser Gelegenheit votierte der — von der Camera del Lavoro in Mailand einberufene — Kongreß auch, daß alle männlichen Widerstandsvereine (Leghe di resistenza) jederzeit bereit sein müßten, Frauen als Mitglieder aufzunehmen.***

War die Arbeit der Proletarierinnen Mailands mehr ökonomisch-friedlicher Art, das heißt suchten sie hier ihre Lage zumeist durch Zusammenschluß und das Eintreten für soziale Reformpläne zu bessern,

* Siehe hierüber: „Per una Legge sul Lavoro delle Donne e dei Fanciulli“, Notizie e Documenti, Mailand 1902, Unione Femminile.

** Maria Cabrini: „Per la Donna e per il Fanciullo!“ im Avanti, Nr. 1384.

*** Notizie e Documenti, loco cit., S. 27.

Ein Streber.

Von Philipp Langmann.

(Fortsetzung.)

Zuweilen ging Bankerl hinüber auf Besuch, wenn er abkommen konnte, zum anderen Ende, wo die langwalgigen, schweren Maschinen im Strange wuschen und die fertiggelächten Rattune vor die Aufzieherinnen hinlegten. Mit diesen wußte sich Bankerl gut zu verhalten, man kam zuweilen zu einem Schluck, zu einem guten Bissen, und ein Scherz trug da seine Zinsen.

Die Aufzieherinnen standen mit dem Rücken zur Wand, die Lampe leuchtete ihnen schief von oben herab, doch hell genug auf die gequollenen Hände. Es waren ihrer drei, welche nebeneinander stehend schafften; alle über die Sechzig, die Schwabin wohl schon der Siebzig nahe; drei lebhaftes Mütter. Die ganze Nacht hindurch riß der Gesprächsfaß nicht; sie sprachen eben von der Wurstsuppe, welche die eine soeben zum Anwärmen in den Aschenfall hineingesteckt hatte, daß der große Topf wohl zugedeckt und vom Heizer bewacht sei und wohl für alle reichen werde, dann von der gebratenen Leberwurst, welche auch roh gut schmecke, von Würsten überhaupt, von den Fleischelchern, den Fleischern und endlich von den Fleischpreisen. Bei diesem Gegenstande verblieb das Gespräch einige Zeit. Sie standen auf Brettern, über welche dicke Koken gespreitet waren, die Füße staken in Holzpantoffeln, welche warm halten. Unermülich zogen sie den Strang vom Haufen ab, über ein halbkreisförmig geschnittenen Brett, faßten ihn an den Stanten und legten die Stücke breit vor sich, so daß sie aus den zusammengebrochten, wirr aufeinander liegenden Strängen breit in Lagen geschichtet, mit der Bezeichnung nach außen gelegt, für die weitere Bearbeitung gerichtet, hervorkamen.

„Die Fleischhacker soll man alle aufhängen!“ —

so waren ihre ländlichen Schwestern mehr für Schutz- und Trutzvereine behufs Ermöglichung ausgedehnter Arbeitsansätze.

Jahrelang hintereinander gaben die Reismädchen im Bolognese* das damals in Italien unerhörte Beispiel großer und vorzüglich organisierter Arbeiterinnenstreiks. Mit der ihnen angeborenen eifernden Energie ruhten sie nicht eher, als bis sie die Lohnerhöhung durchgesetzt hatten, die ihnen wenigstens ein einigermaßen menschenwürdiges Leben in ihren Sümpfen zu garantieren schien, das heißt Löhne mit einem Mindestsatz von 1,50 bis zu einem Höchstsatz von 3,50 Lire pro Tag.

Das Jahr 1896 brachte noch einen anderen aufsehenerregenden Frauenausstand. Die Strohslechterinnen in Toskana, die, 60000 bis 80000 an Zahl, sich trotz ihrer Masse gegen die ihnen auf zwölfstündige Arbeitszeit hin gezahlten Schandlöhne von 20 Centesimi täglich nicht aufzulehnen wagten, verloren, als ihnen ihre Herren eines Tages erklärten, von nun an könnten sie ihnen bloß noch 10 Centesimi geben, endlich die Geduld.** Der übrigens nach vielen Wechseln schließlich günstige Ausfall des Streiks dieser armen Heimarbeiterinnen machte in Italien nicht wenig von sich reden. „Diese Sozialisten wiegeln sogar unsere sonst so zufriedenen Frauen auf“, schrieb ein konservatives Blatt empört.

Selbst im schwarzen Rom, in welchem sich päpstlicher Einfluß mit saopistischer „Königstreue“ und bürgerlich-republikanischer Gesinnung bisher in die Herrschaft der Geister geteilt hatten, brachten die neunziger Jahre dem sozialistischen Gedanken die erwünschte Erstarkung, an welcher auch die proletarischen Frauen teil hatten. Bei dieser Gelegenheit verdient eine Genossin erwähnt zu werden, welche bis zu ihrem allzu frühen tragischen Ende ein wahres Muster von Rührigkeit und Aufopferungsfähigkeit gewesen ist, und welcher die sozialistische Bewegung in Rom mehr verdankt, als sich in Worten überhaupt ausdrücken läßt. Es war dies Emilia Ucciati Marabini. Diese hochherzige Frau stammte aus einer reichen florentinischen Familie. Ihre Heirat mit dem verdienstvollen Rechtsanwalt Ezio Marabini brachte sie der sozialistischen Partei näher. Bald hatte sie ihren katholischen Glauben völlig durch die Hoffnung auf eine Besserung der Menschheit in der sozialistischen Gesellschaft ersetzt, ohne deshalb ihr tiefinnerstes Christentum völlig aufgegeben zu haben. Emilia Marabini war eine Idealistin in des Wortes edelster Bedeutung. War die Anna Kulischoff nur durch ihren Kopf Sozialistin geworden, so hatte das Herz die Emilia Marabini dem Sozialismus in die Arme getrieben.

* Näheres über ihre Arbeit in einem nächsten Artikel.

** Maria Montessori: „Über das Leben der Arbeiterinnen“ in „Der internationale Kongreß etc.“, loco cit., S. 206.

— Ja, aber der Strick muß dick genug sein, solche Schmalzböfen haben ein Gewicht.“ —

„Wenn's mir nur einmal so gut gehen möchte, wie so einem Bagauner! Aber unsereiner muß halt ewig arm bleiben und muß sich fortackern, den dünnen Kaffee trinken, den schon der Teufel holen soll, und kommt zu nichts, und nie zu nichts, und ich sag', alles ist Bestimmung.“ —

„Freilich, das sag' ich auch. Die Fleischelcher kommen mit einem viereckigen Loch im Hintern auf die Welt, daß man sie gleich erkennt!“ —

Die Tribula, stets gut gelaunt, wenn die Schreiner von der Schwabin aufgezogen wurde, stichelte zu: „Glaubt's es ja nicht, was euch die Schwabin sagt, meine verstorbene Schwester, Gott hab sie selig, war eine Madam, und hat mir nie etwas davon gesagt, und die hätte es doch wissen müssen.“

„Von kleinen Kindern versteht die Schwabin, alles was wahr ist, da müssen wir zwei schon zurückstehen.“

Die Schwabin war aber nicht so leicht herum zu bekommen: — „Epper, seib's Ihr mir gar neidisch auf meine Urentel?“ —

„Bewahr' mich der Himmel, neidisch! — Ich weiß gar nicht, was das ist, ein Kind haben, ich bin noch ganz —“

„Haltr, eine Jungfer! —“ Alle schmunzelten vergnügt, und die Schreiner, sie war lang und hager, mit einem breiten knöchigen Gesicht, stieß die Nachbarin mit dem Ellbogen: „— Schwabin, Ihr seib's Eine!“ —

„Du lieber Himmel“, rief die Tribula, „Kindergeschrei hab ich schon dreißig Jahre nicht mehr gehört.“

„Und ich hab' mein erstes Kind gehabt, da hatt' ich noch keine siebzehn, und jetzt bin ich so alt und muß wieder hutschen. Aber meine lieben Urenteln, ist das ein Kind! — Ein Kind!! — Herr, oben im Himmel, du hast mich armes, altes, garstiges Weib doch

Man könnte diese Frau mit Zug und Recht eine zweite Mantegazza nennen, nur mühte man bei diesem Vergleich bedenken, daß Emilia Marabini in einer Zeit lebte, in welcher die sozialistische Bewegung bereits eine Größe war, mit der man rechnen konnte. Daher bewegte sich ihre praktische Tätigkeit auch durchaus in proletarischen Bahnen. Unermüdet war sie tätig; mit der kleinen Einzelpropaganda in den Vorstädten Roms wußte sie eine fast christlich zu nennende Wohltätigkeit zu verbinden. In einer Reihe von Artikeln, welche nach ihrem Tode in einem Bande gesammelt zu den interessantesten Dokumenten der sozialistischen Frauenliteratur Italiens gehören, trat sie als begeisterte Vorkämpferin für ihre Ideen auf. Mit besonderer Heftigkeit wandte sie sich auch gegen die Lässigkeit der männlichen Genossen in der Wertung des politischen Scharfsinnes ihrer Frauen. Wie könne man es lächerlich nennen, daß auch die Frauen sich mit Politik befassen? „Lächerlich sind doch nur die“, ruft sie einmal aus, „welche das Eine sagen und das Andere tun. Lächerlich sind doch nur die, welche den Sozialismus zwar in den Versammlungen mit großer Schwachhaftigkeit verteidigen, im täglichen Leben aber bekämpfen, indem sie soundsovielle Intelligenzen der Propaganda entziehen. Lächerlich sind nur diejenigen, welche nicht den Mut besitzen, die Meinung, welche sie doch zu haben behaupten, vollständig auszusprechen und sie aus falschem Opportunismus ihren Frauen gegenüber schön bei sich behalten. Lächerlich sind die, welche zwar unter der Schar der Sozialisten kämpfen, welche aber dennoch die Frau für ein Wesen halten, mit dem man sich genügend beschäftigt hat, wenn man ihm zu Kindern verhilft. Lächerlich, ja schlimmer noch als lächerlich sind diejenigen, welche, trotzdem sie zu uns gekommen sind, um den Egoismus zu bekämpfen, dennoch in sich selbst den ungerechtfertigsten und unvernünftigsten Egoismus nicht zu besiegen wissen.“

Neben der schriftlichen trieb Emilia Marabini, wie erwähnt, aber auch eine mündliche Propaganda. Als sie austrat, waren in Rom noch so gut wie keine Frauen organisiert. In kurzer Zeit verstand sie es, den 12000 in der römischen Arbeitskammer organisierten Arbeitern immerhin eine kleine Schar von 40 Frauen beizugesellen. Der „Federazione Socialista“ stellte sie den sogenannten „Nucleo Femminile“ (Frauenschild) als ihre eigenste Schöpfung zur Seite. Aber ihr Ehrgeiz, für die gute Sache zu wirken, ging noch weiter. Ihre Pläne liefen auf eine von den Männern unabhängige, aber mit ihnen zusammen arbeitende Spezialarbeitskammer für Frauen und auf eine große Arbeiterinnen-

* Emilia Uciati Marabini: „Propaganda“, 4. Aufl., S. 80. Rom, Tipografia Cooperativa Sociale, 1898. Preis 50 Cent.

** „Propaganda“, loco cit., S. XIV und 62.

gern, du vergißt mich nicht und schenkt mir auf meine letzten Tage so ein liebes Strumperl, so eine Freud' . . .“ —

Sie griff wieder zur Arbeit und zog in Gedanken rasch und derb an den schweren, nassen Laken.

„Wie alt ist es denn schon?“

„Bald zehn Monat wird es sein.“

„Wenn nur auch immer da wäre für die Würmer“, meinte die Tribula. „In die Welt ist das bald gesetzt, aber dann: essen, essen und immer essen, und der Hände zum Verdienen will nicht mehr werden.“

„So lange mich die alten Knochen tragen, arbeite ich, und wenn ich mich einmal niederlege zur ewigen Ruhe, wird der liebe Gott die Kinder nicht verlassen. — — Es könnte ja gehen so eines mit dem andern, es wäre noch zum Aushalten, wenn nur die kleinen Sorgen nicht wären, was einem das Herz abdrücken. Der Zins, der Winter, die Stiefel und solches. So geht es vom Morgen bis zum Abend.“

„Und auf ja und nein hat man graue Haar!“ —

Die Schreiner, welche merkte, wie sich die Schwabin verstoßen mit der Ware an die Augen drückte, versuchte dem Gespräch eine andere Wendung zu geben: „So ein Stück wie das da, und man könnte sich helfen auf eine Zeit.“

„Das ist gewiß.“

„Haben fünfundachtzig Zentimeter, sind stark.“

„. Jetzt weiß ich, warum die Stück' immer so naß sind: wenn sich die Schwabin damit die Augen auswischt, alsdann hernacher!“

„Stümmert's Ihnen was? — Nehmens' das Paket und gehens —“

„Na na! — So drei alte Weiber auf einem Haufen! Krugi, da hat der Teibel selber kein' Courage!“ — Bankerl ging mit

versicherungskasse hinaus. Da raffte die erst Zweieunddreißigjährige mitten aus der Arbeit im ersten Kindbett der Tod hinweg (1897). Emilia hatte sich so sehr gerade ein Töchterchen gewünscht, weil es, wie sie sagte, „an Genossinnen so sehr not tue“. Nun war der sozialistischen Bewegung mit ihr selber eine Genossin entrissen worden, deren Weiterleben und Weiterwirken der ganzen Partei ebenfalls „not getan“ hätte. Eine traurige Ironie des Schicksals raubte diese tapfere und rührende Frau in demselben Augenblick, in welchem sie die um ihre Ideale ringenden Scharen gerade um eine neue Mitkämpferin vermehren wollte. Der frühe und in diesem Falle so ganz besonders grausam empfundene Tod einer seiner tapfersten Vorkämpferinnen konnte, einen so harten Verlust er auch für die ganze Partei bedeutete, die große Bewegung nicht hemmen.

X Frauenrecht und bürgerlicher Freisinn.

Ein Beitrag zur Wahlagitacion.

In Nr. 9 der „Gleichheit“ ist den Genossinnen in klarster Weise gezeigt worden, daß wir Proletarierinnen gerade von denen, die uns im industriellen Leben so gern tätig sehen — natürlich nur, um billige und willige Arbeitskräfte zu haben —, ein energisches Eintreten für unsere Interessen und unsere Rechte nicht zu erwarten haben. Nur die Sozialdemokratie ist die Partei, welche ernstlich für alle Forderungen kämpft, die wir als Angehörige der ausgebeuteten Klasse und des unterdrückten, minderberechtigten Geschlechts erheben. Diese Tatsache wird wieder einmal durch den folgenden Fall illustriert.

Eine öffentliche Frauenversammlung, die im Herbst vorigen Jahres in Görlich tagte, und in welcher die lose Organisation der aufgeklärten Frauen gegründet wurde, nahm unter anderem nachstehende Resolution an: „Die am 5. September 1902 im Felsenkeller zu Görlich tagende öffentliche Frauenversammlung protestiert gegen die Bestimmung im § 8 des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes, welche Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagt und den Besuch der Versammlungen solcher Vereine abhängig macht von lächerlichen Beschränkungen, unter welchen eine sogenannte mildere Praxis neuerdings diesen gestattet. Sie erklärt es für unwürdig, wenn die größere Hälfte des Volkes, welche durch die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen ohnehin am härtesten getroffen ist, für unfähig erklärt wird, mit teilzunehmen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Außerdem steht dieser Paragraph im Widerspruch mit der preußischen Verfassung, welche bestimmt: „Jeder Preuße ist vor dem Gesetz gleich“, denn § 8 schafft tatsächlich für Frauen ein anderes Recht als für Männer. Die Versammlung ersucht daher den preußischen Landtag, den heute nicht mehr zeitgemäßen Paragraph

drollig gespielter Angst vorüber, kam aber nach einigen Augenblicken aus einer anderen Ecke wieder zurück: „Wissen's, was geschehen ist?“

„Was bringt er wieder?“

„Dem Jura, dem ist ein schönes Malheur passiert; hat sich zur Heizplatten gestellt, ist eingeschlafen, und wie sie ihn gefunden haben, war er hinten gebraten und vorne erfroren!“

„Eugenschippel!“ —

„Gleich ist zwölf. Soll ich die Suppen holen?“

„Na! — Du frißt am End' die Hälfte auf!“

„Meiner Seel' nit! — Ich bring's her, ja?“ —

Einige Augenblicke später stand die Hauptwelle stille, und alle die Niemen, welche sie trieb, kamen nach kurzem Knarren zur Ruhe. Das Schnatterrohr wurde abgESPerrt, und nach dem Lärm, der bis nun sein himmverschlagenes Regiment geführt hatte, senkte sich ergießende Stille nieder. Aus den Wolken herab fielen Tropfen mit starkem, widerhallendem Ticken auf das Pflaster, in die Wasserlachen, auf ein Blech, es war ruhig wie im Walde. Alle waren mit langsamen, klappernden Schritten hinauf in die Trockenstube gegangen, um ein Stündchen Pause zu verschlafen.

Wie überrascht waren sie alle von dem Wohlgeruch, der dorten herrschte. Gleich einer Fee verteilte die Schwabin die Suppe an alle, welche verlangten. In freudiger Erregung eilten einige zurück, sich Topf und Löffel zu holen, andere warteten bis der Kamerad fertig gegessen, um die Schale zu entleeren, und bald saßen sie zufriedenen Gemüts und schlürften die wohlige Wärme der Graupen versetzte, würstfettduftende Brühe. Sie gaben sich der angenehmen Empfindung hin, die trockene Wärme dieses Raumes die feuchten Kleider, das nasse Schuhzeug durchbringen zu lassen, bis an den Leib, der wohligh erschauerte. Nach zehn Minuten schlief alles.

(Fortsetzung folgt.)

entsprechend abzuändern. Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution dem Landtag sowohl, als auch den drei Landtagsabgeordneten des hiesigen Kreises zuzustellen." Diese Resolution sollte ich den ständigen Stellen übermitteln. Da von der 25jährigen Tätigkeit des freisinnigen Abgeordneten Lüders im Landtag, wie auch von seiner Wirksamkeit im Reichstag bisher nichts bekannt geworden ist, hielt ich es für zwecklos, diesem Herrn ein Exemplar der Resolution zu überreichen. Dem freisinnigen Landtagsabgeordneten Wenzel wurde sie persönlich übergeben. Er erklärte sich gern bereit, für dieselbe in der zuständigen Körperschaft einzutreten, da sie auch seinem Sinne entspräche. Der besseren Aussicht auf Annahme wegen riet er jedoch, die Resolution in Form einer Petition dem Landtag zu übergeben. Der freisinnige Abgeordnete Kopsch gab sein Einverständnis mit unserer Resolution in folgendem Briefe kund: „Sehr geehrte Frau Scholz! Die übersandte Resolution der am 5. September stattgefundenen Frauenversammlung habe ich erhalten. Die in derselben niedergelegten Forderungen für Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechtes sind seitens der freisinnigen Volkspartei stets vertreten worden. Auch in Zukunft werden meine Kollegen und ich in demselben Sinne tätig sein. Hochachtungsvoll Zul. Kopsch, Rektor, Mitglied des preussischen Landtags.“ Daß dieser in seiner Partei doch sicher angesehenen Abgeordnete entweder seinen Einfluß überschätzt oder die übernommene wichtige Aufgabe nicht energisch genug gefördert hat, dafür spricht die am 21. April dieses Jahres eingelaufene Antwort vom Bureau des Landtags. Sie lautet: „Die in der Petitionskommission stattgehabte Vorberatung über Ihre Petition vom 5. September vorigen Jahres hat zu dem Beschlusse geführt: Dieselbe für ungeeignet zur Erörterung im Abgeordnetenhaus zu erklären, weil die öffentliche Versammlung, in deren Namen und Auftrag Sie dieselbe überreicht haben, weder eine Behörde, noch eine Korporation darstellt und derselben daher nach Artikel 32 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 das Petitionsrecht nicht zusteht. Auch anderweit ist von der in der Geschäftsordnung des Hauses vorgeschriebenen Zahl von 15 Abgeordneten nicht beantragt worden, über die Petition zu verhandeln. Das Haus der Abgeordneten ist deshalb darüber in weitere Erörterungen nicht eingetreten. Indem ich hiervon Mitteilung mache, sende ich die Petition ergebnislos zurück. Der Bureaudirektor des Hauses der Abgeordneten.“ Der erste Teil des Antwortschreibens ist recht bezeichnend für das volksfeindliche, verächtliche Wesen des preussischen Geldsackparlaments, das auf Grund des „elendesten aller Wahlsysteme“ zusammengesetzt ist. Daß eine Volksversammlung „weder eine Behörde, noch eine Korporation darstellt“, hätten die neunmalweisen Gesetzgeber nicht erst zu entdecken und mit feierlich erhobenem Schulmeisterfinger zu verkünden brauchen. Dagegen ist auch die Berufung auf die Verfassungsurkunde nicht hinreichend, um die Ansicht zu begründen, daß Volksversammlungen das Petitionsrecht überhaupt nicht besäßen. Jeder Staatsbürger besitzt das Recht, persönlich oder im Auftrage einer Volksversammlung, einer Organisation u. a. an die Parlamente petitionierend heranzutreten. Die von der Unterzeichneten eingereichte Petition durfte also auch das Recht für sich beanspruchen, zur Behandlung zu gelangen. Es wäre interessant zu erfahren, ob die freisinnigen Mitglieder der Petitionskommission sich ohne weiteres der Auffassung angeschlossen haben, daß Staatsbürger das Petitionsrecht verlieren, minderen Rechtes werden, wenn sie nicht in ihrem persönlichen Namen, sondern in dem einer Volksversammlung sich an das Parlament wenden. Der zweite Teil der amtlichen Antwort stellt der freisinnigen Partei ein großes Armutszeugnis aus. Sie hat nicht die nötigen 15 Abgeordnete zusammengebracht, damit die Verhandlung über die Petition im Plenum beantragt werden konnte! War ihr die Sache, um die es sich handelte, die freiheitliche Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes, nicht wichtig genug, oder verlor diese Sache in den Augen des Freisinns dadurch an Wichtigkeit, daß einfache Proletarierinnen und nicht höherherlichlich gebildete „Damen“ gleiches Recht für alle forderten? So oder so: Die Tatsache zeigt die Laubheit und Plauheit, mit welcher der bürgerliche Freisinn für eines der wichtigsten politischen Rechte des weiblichen Geschlechts eintritt, für jene Rechte, die gerade für die proletarischen Frauen von höchstem Werte sind. Die politische Gleichberechtigung entzieht ja die Aufklärungs- und Organisationsbestrebungen der Proletarierinnen all jenen Beeinträchtigungen und Schikanen durch polizeiliche Schneidigkeit und richterliche Spitzfindigkeit, welche sich auf die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts berufen. Die politische Gleichberechtigung verleiht den Frauen des werktätigen Volkes die Möglichkeit, am großen proletarischen Befreiungskampfe ungehemmt den vollsten Anteil zu nehmen. Diese Anteilnahme mag ja auch den Herren vom Freisinn recht unangenehm sein. Sie sollten aber trotz allem nicht vergessen, daß es sich bei dem Vereins- und Versammlungsrecht um ein Recht des gesamten weiblichen Geschlechts handelt, für das zu kämpfen sie durch das „demokratische Prinzip“

verpflichtet wären. Aber freilich, zu diesem Prinzip bekennt sich der Freisinn nur mit den Lippen, um es mit Taten wieder und wieder zu verleugnen. Jedenfalls beweist die schäbige Haltung zu unserer Petition, daß die Freisinnigen weder den nötigen Eifer, noch die nötige Kraft betätigen, um Frauenrechte zu erkämpfen. Vielleicht lassen sie es auch an beidem fehlen. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen können in ihrem Kampfe um staatsbürgerliche Rechte herzlich wenig auf ihre Klassengenossen rechnen. Daß sie trotzdem, wie in Danzig und auch jetzt wieder bei den allgemeinen Reichstagswahlen, für die freisinnigen Lückebeinigen halben und viertels Freunde der Frauenrechte sich ins Zeug legen, bestätigt nur, daß den Damen die Interessen der Besitzenden über die Interessen der großen Mehrzahl des weiblichen Geschlechts gehen. Wir proletarischen Frauen sind weder durch das Vorgehen der Frauenrechtlerinnen, noch durch die Haltung der sich Volkspartei nennenden Freisinnigen enttäuscht worden. Wir wissen ja doch, daß wenn es den Herren wirklich ernst mit ihrer Liebe zu einem freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht wäre, das Männer und Frauen mit gleichem Maße mißt, so hätten sie ein solches Recht schaffen können, als sie die Macht dazu besäßen. Und daß in Preußen das elendeste aller Wahlsysteme, das die Vertretung der proletarischen Massen im Landtag ausschließt, nicht schon seit lange beseitigt ist, das haben wir mit der Feigheit und Schwäche des bürgerlichen Freisinns zu verdanken. Bei dem bevorstehenden Wahlkampfe müssen deshalb die proletarischen Frauen und Mädchen nicht nur für diejenigen ihrer Interessen eintreten, die vom Reichstag beeinflusst werden, sie haben vielmehr mit den bürgerlichen Parteien, dem Freisinn inbegriffen, wegen aller Tat- und Unterlassungssünden abzurechnen, deren diese sich auch in den Landtagen schuldig gemacht haben. Und bei dieser Abrechnung darf die letzte freisinnige „Seldental“ nicht vergessen bleiben. Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes, werdet eurer Interessen und eurer Pflichten bewußt. Erkennet, welche Reformen zum Schutze der ausgebeuteten und verknechteten Arbeit ihr verlangen müßt, welche Rechte ihr für das sozial so benachteiligte weibliche Geschlecht zu fordern habt. Seid eingedenk, daß in Deutschland die Sozialdemokratie allein für das volle Menschenrecht der Frau rüchhaltlos kämpft. Schüttelt eure lethargie ab, tretet in die Reihen des kämpfenden Proletariats. Scheut vor keiner Mühe, vor keinem Opfer zurück. Der Sieg der Sozialdemokratie kommt unserem Ringen nach Gleichberechtigung zu gute. Tragt deshalb das eurige dazu bei, daß der 16. Juni eine entscheidende Etappe auf dem Wege zu unserer Erlösung werde. Anna Scholz-Görlich.

Aus der Bewegung.

An die Frauenpflichten im Wahlkampfe erinnert ein Passus des packenden Aufrufs, welchen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht hat. Es heißt da: „Auch die Frauen und namentlich die Arbeiterinnen, die bisher von einer politischen Betätigung ihrer Menschenrechte ausgeschlossen wurden, haben bei den großen Fragen, deren Entscheidung durch den Ausfall der Wahlen vorbereitet wird, allen Grund, für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten. Können sie nicht wählen, so sollen sie agitieren. Der Agitation aller Art, selbst durch Mißbrauch von Kanzel und Beichtstuhl müssen sie das offene Eintreten für ihre heiligsten Interessen gegenüberstellen.“ Ehrenpflicht der proletarischen Frauen ist es, diese Worte zu beherzigen!

Der Wahlverein sozialdemokratischer Frauen zu Berlin entwickelt sich kräftig. Die Zahl seiner Mitglieder ist bereits über 500 gestiegen und die Organisation konnte die ersten 100 Mark an die „Kriegskasse“ der Partei abliefern. Die erste Versammlung, welche der Verein einberufen hat, nahm einen prächtigen Verlauf. Sie war von ungefähr 800 Personen besucht, der großen Mehrzahl nach Frauen. Genosse Antrich referierte unter stürmischem Beifall in trefflichen, inhaltsreichen Ausführungen über „die Frauen und die Reichstagswahl.“

Von der Agitation. Im Auftrag des Zentralagitationskomitees des Deutschen Textilarbeiter- und Arbeiterinnenverbandes unternahm Genossin Greifenberg in der Zeit vom 2. Februar bis 29. März eine Agitationstour durch Sachsen. Es fanden in folgenden Orten Versammlungen statt: Verdau, Neumark, Reichenbach i. V., Mylau, Rehschlau, Pausa, Schneeberg, Elsterberg, Olsniz, Adorf, Crimmitschau, Glauchau, Meerane, Mülsen, Auerbach, Plauen, Gablenz, Zwickau, Leizig-Lindenau, Gautsch, Möckern, Mockau, Einsiedel, Burgstädt, Öderan, Burkhardsdorf, Leisnig, Rodisch, Hohenstein, Chemnitz, Ruhdorf, Frankenberg, Callenberg, Gröna, Lichtenstein, Wittgensdorf, Limbach, Großenhain, Alt-Chemnitz, Großschönau, Zittau, Oberriedersdorf, Reichenau, Neugersdorf, Seiffhennersdorf, Löbau und Ramenz.

Mit einigen Ausnahmen erfreuten sich die Versammlungen eines sehr guten Besuchs; verschiedene waren so überfüllt, daß Leute wieder umkehren mußten. Dem Wunsch der Komiteeleitung entsprechend behandelte die Referentin folgende Fragen: „Die Frau in der Industrie“ — „Das Ende des Meeraner Weberstreiks“ — „Der Zusammenschluß der sächsischen und thüringischen Kleiderstoff-Fabrikanten und was lernen die Arbeiter daraus?“ Vor allem war es der Meeraner Kampf, der die Textilarbeiter und Arbeiterinnen interessierte und in großer Anzahl in die Versammlungen führte. In mehreren Orten waren besonders die Arbeiterinnen so zahlreich in denselben vertreten, wie nie zuvor. In Pausa war es das erstemal, daß Arbeiterinnen eine Versammlung besuchten. Mit großem Interesse folgten sie den Ausführungen der Rednerin und außer 10 Arbeitern ließen sich die ersten 11 Arbeiterinnen in den Verband aufnehmen und versprachen, treue Mitglieder zu bleiben, aber auch dafür zu wirken, andere Kolleginnen für die gerechte Sache zu gewinnen. Wie notwendig der Zusammenschluß aller männlichen wie weiblichen Arbeiter ist, kam in Elsterberg durch das Vorgehen des Fabrikanten Riel, der drei Arbeiter gemäßregelt hatte, recht drastisch zum Ausdruck. Zum Zwecke einer gegenseitigen Aussprache war der Herr zu der Versammlung eingeladen worden und auch der Einladung gefolgt. Nachdem der Sachverhalt der Entlassung klar gestellt worden, rechtsfertigte Herr Riel sein Vorgehen damit, daß er mit erhobener Stimme erklärte, er sei Fabrikant und nehme für sich das Recht in Anspruch, zu entlassen, wen er wolle, er werde sich von niemand Vorschriften machen lassen. Als hierauf einem anderen Redner das Wort erteilt wurde, benützte der tapferere Herr Riel den Augenblick und ergriff leise aber schnell das Hasenpanier; seinem Beispiel folgte der gesamte Generalstab, den er zu seinem Schutze mitgebracht hatte. Das Verhalten dieses „humanen“ Arbeitgebers hat dazu beigetragen, daß dem Verbands eine Anzahl neuer Mitglieder beitraten. Von Seiten des Überwachenden wurde in die Verhandlungen störend eingegriffen. Er gab nicht zu, daß noch andere Fabrikanten namhaft gemacht wurden, die es dem Herrn Riel gleich tun. Überhaupt hatte es den Anschein, daß dem Beamten die Diskussion zu lange dauerte, denn sonst hätte er sicherlich nicht Redner unterbrochen, die vollständig zur Sache sprachen. — Eine große Fürsorge für die Gesundheit der Versammlungsbesucher zeigte die vorgelegte Behörde von Oderan. Dort hatten die Arbeiter bis dato kein Lokal zur Verfügung, um größere Versammlungen abhalten zu können. Diesem Übel abzuhelfen mieteten sie eine Turnhalle, die Privatbesitz war. Nun gingen die Scheereien los. Zuerst wurde der Fußboden beanstandet, weil er nicht gediebt war. Dem Mangel wurde abgeholfen durch Schütten von feinen Schlacken. Dann hieß es weitere Vorschriften berücksichtigen. Als allen Anforderungen Rechnung getragen war und kein Anschein eines Grundes mehr vorlag, die Versammlung nicht zu genehmigen, sandte die Behörde einen Arzt, der untersuchen sollte, ob die Wände gesundheitsgefährlich seien. Er fand die Genossen an der Arbeit, Decke und Wände zu weisen. Da noch für gute Beleuchtung gesorgt war, konnte Abends die Versammlung ohne Zwischenfall abgehalten werden. Sie war ungefähr von 400 bis 500 Personen besucht, darunter eine große Anzahl Frauen. Die Versammlung in Ruhdorf zeitigte für die Arbeiterinnen von Ober-Frohna, die gesundheitliche Sonntagsarbeit leisten mußten, eine erfreuliche Folge. Wir berichten darüber an anderer Stelle. Zu den Versammlungsbesuchern in Großenhain gehörte auch ein Herr Steinberg, der Teilhaber einer Fabrik, welche die schlechtesten Löhne zahlt und das miserabelste Material zum Verarbeiten gibt, so daß Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern an der Tagesordnung sind. Nachdem das Gebahren der Firma ins richtige Licht gerückt worden war, nahm auch Herr Steinberg das Wort. Er betonte, daß er nicht gekommen sei, um die Firma zu verteidigen, sondern einzig, weil er sich sehr für soziale Fragen interessiere. Durch mehrere Redner in die Enge getrieben, mußte der gute Mann sein wahres Gesicht enthüllen, es war nicht dasjenige eines verständigen Arbeiterfreundes, Herr Steinberg versocht als „sozial“, daß die Arbeiter erst dafür sorgen sollten, daß die Fabrikanten vorwärts kämen, dann würden diese auch für die Arbeiter ein Ohr haben! Die Organisation bringe die Arbeitgeber noch soweit, daß sie sich amerikanische Stühle anschaffen würden und dann überhaupt keine Arbeiter mehr brauchten! O, süße Einfalt! Als ob die Unternehmer mit dem Anschaffen verbesserter Maschinen warten, bis sie von der Organisation dazu getrieben werden. Jedenfalls scheinen die Herren Steinberg entschlossen, aus der Arbeit ihrer „Hände“ genügend hohen Profit herauszupressen, um ohne Schmälerung des eigenen kapitalistischen „Entbehrungslohnes“ amerikanische Webstühle anschaffen zu können. Dabei ist ihnen die Organisation höchst unbequem und hinderlich, denn sie strebt darnach, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Erfreulich ist es, daß immer

mehr Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Erkenntnis kommen, wie notwendig die Organisation ist. Die Agitation in Sachsen hat dem Deutschen Textilarbeiter- und Arbeiterinnenverband eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder zugeführt.

Mitte April fanden im 20. und 21. sächsischen Wahlkreise je zwei Versammlungen statt. Genossin Kähler aus Dresden sprach in denselben über: „Arbeiterschaft und Reichstagswahl“. In Schwarzenberg war eine sehr gute Beteiligung zu verzeichnen; sehr viele Frauen wohnten der Versammlung bei und versprachen, für die Bestrebungen der Sozialdemokratie einzutreten. Die Frau eines Genossen erklärte sich bereit, die „Gleichheit“ unter den Frauen zu verbreiten. Bei lachendem Sonnenschein war die Referentin in Schwarzenberg angelangt, bei schrecklichem Schneetreiben und starker Kälte verließ sie den Ort, um sich nach Königswalde zu begeben. Agitationstouren sind ja bekanntlich in den Wintermonaten äußerst beschwerlich, im Gebirge aber, bei einem Wetter wie es am 19. April im Erzgebirge herrschte, werden sie geradezu lebensgefährlich. Die Walpurgisnacht im „Faust“ kann sich an Schrecken nicht mit dem entsetzlichen Unwetter messen, welches in der Gegend von Annaberg tobte. Die „Gleichheit“ hat bereits in voriger Nummer berichtet, mit welchen Hindernissen der Weg nach Königswalde für Genossin Kähler verbunden war. Eine großartig besuchte Versammlung lohnte daselbst für die ausgestandenen Strapazen. Männer und Frauen lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit dem Referat, häufige Zustimmung und Äußerungen bewiesen, daß den Leuten zu Herzen gesprochen wurde. Die nächste Versammlung fand in Olbernhau statt. Dem „Amtsanzeiger“ des Dries war von der Amtshauptmannschaft Marienberg die Aufnahme einer Versammlungsannonce verboten worden. Trotzdem war das Lokal fast überfüllt. Männer und Frauen nahmen an der Versammlung teil und gelobten, mit aller Kraft für die Wiederwahl des Genossen Rosenow einzutreten. Die letzte Versammlung tagte in Ehrenfriedersdorf. Hier war dem Einberufer im letzten Augenblick das Lokal entzogen worden. Es gelang jedoch, einen Wirt zu veranlassen, ein Lokal für eine Gewerkschaftsversammlung zur Verfügung zu stellen. Die Referentin befehligte sich, auch in dieser „Gewerkschaftsversammlung“ den erschienenen Frauen und Männern zu sagen was notwendigerweise gesagt werden mußte. In keiner der vier Versammlungen befanden die Gegner den Mut, ihre Meinung öffentlich zu vertreten, obgleich sie wiederholt dazu aufgefordert wurden. Daß der Grimm der Elemente die sozialdemokratische Agitation nicht zu hindern vermochte, möge ein gutes Omen dafür sein, daß auch die schlimmste grünweiße Reaktion den Sieg der Sozialdemokratie am 16. Juni nicht zu vereiteln vermag.

Daß die Teilnahme der Frauen an der Maiseier mit jedem Jahre wächst, zeigte sich auch in diesem Jahre. Kein Zweifel, der Maiseiergedanke, der Gedanke der Befreiung der Arbeit, schlägt auch in den Frauenherzen Wurzel. In Offenbach a. M. lauschten vormittags gegen 1500 Männer und Frauen geradezu in feierlicher Andacht dem Vortrag über die Bedeutung der Maiseier. Aus manchem trotzig blickenden Männer- und Frauenauge stahlen sich Tränen. Ein wahrer Beifallssturm durchtobte den Saalbau, als die Referentin Genossin Kähler-Dresden ihre Ausführungen beendete. Nachmittags durchschritten die Maidemonstranten in wohlgeordnetem Zuge die Straßen Offenbachs. Der Verband der ungelerten Arbeiter hatte eine hübsche Frauen- und Kindergruppe gestellt. Musikkapellen, rote Fahnen, Wappen mit Inschriften, sowie eine Tafel, die auf leuchtendem, roten Grunde die Worte zeigte: Auf zur Reichstagswahl! und die dem Zuge vorangetragen wurde, gaben der Demonstration etwas ungemein Erhebendes und Feierliches. Abends fand die Maiseier in Neu-Jsenburg statt. Hier nahmen etwa 600 Personen, darunter sehr viele Frauen, an ihr teil. Die Festrrede hielt Genossin Kähler, die auch am 2. Mai bei der Maiseier in Langen referierte. In einem hübsch dekorierten Saale waren hier etwa 300 Personen versammelt. Nicht endenwollender Beifall, sowie ein wundervolles Bouquet aus Rosen und Nelken bezeugten, daß die Versammelten den gehörigen Ausführungen von Herzen beipflichteten. Möge der Geist, der am Maientag die Herzen besetzte und aus den begeistert gesungenen und aufgenommenen Freiheitsliedern ertönte, möge dieser Geist zur Anspannung aller Kräfte im Wahlkampfe führen, so daß der 16. Juni ein glorreicher Siegestag wird. W. K.

Magdeburg. Endlich, nach jahrelanger Pause und vielen Bemühungen ist es gelungen, auch in die Indifferenz der Magdeburgerinnen Bresche zu schlagen. Wie den älteren Leserinnen der „Gleichheit“ noch bekannt sein dürfte, bestand bereits früher am Orte eine stramme Frauenorganisation, die aber der famosen Polizeiwirtschaft zum Opfer fiel. Und das war sehr bedauerlich. Die Magdeburger Industrie steht bezüglich der Frauenarbeit zwar nicht gerade mit an erster Stelle, aber immerhin sind Hunderte und Aberhunderte von Proletarierinnen in der Schuhfabrikation, in den Zuckersfabriken,

in den Metallwarenfabriken u. s. w. tätig. Leider ist nur ein ganz winziger Teil derselben gewerkschaftlich organisiert, und im großen ganzen schenken die proletarischen Frauen Magdeburgs überhaupt dem öffentlichen Leben bisher herzlich wenig Aufmerksamkeit. Das scheint jetzt anders werden zu wollen. Nach mehreren Zusammenkünften (an einer derselben nahm Genossin Vaader-Berlin teil) hat erfreulicher Weise der Gedanke, die Frauen wieder zusammenzuschließen, greifbare Gestalt angenommen. Nachdem bereits in einer öffentlichen Frauenversammlung eine Vertrauensperson der Genossinnen gewählt worden war, schritt man in einer weiteren Versammlung zur Gründung eines proletarischen Frauen- und Mädchenbildungsvereins. Diesem traten sofort — ein Resultat, das unsere kühnsten Erwartungen übertraf — circa hundert Genossinnen als Mitglieder bei. Der sofort gewählte Vorstand besteht aus den Genossinnen: Thiering (Vorsitzende), Knöfler (Kassiererin) und Albert (Schriftführerin). Versammlungen finden jeden zweiten Dienstag im Monat statt und zwar je einmal in Neustadt und in Altstadt. Der Verein hat sich zur Aufgabe gestellt, bei den Frauen und Mädchen das Zusammengehörigkeitsgefühl zu wecken und zu schulen, Aufklärung und Wissen, diese notwendigen Waffen der Befreiung, zu verbreiten und die Frauen insbesondere auch über ihre Rechte und Pflichten zu belehren. Diesen Zweck sucht die Organisation zu erreichen durch regelmäßige Zusammenkünfte, in denen Vorträge gehalten werden, das Bemerkenswerte aus der Frauenliteratur vorgelesen und der Sinn der Mitglieder für alle die Frauen interessierenden Dinge gepflegt wird. Um die gesteckten Ziele verwirklichen zu können, müssen noch viele, viele Frauen und Mädchen auf unseren Verein aufmerksam gemacht werden. Jede der hundert Genossinnen, welche sich zusammengeschlossen haben, muß in Freundinnen- und Bekanntenkreisen energisch Mitglieder zu werben bestrebt sein, muß den gleichgültigen und unaufgeklärten Proletarierinnen mit dem Dichter zurufen:

„Ihr Schwestern in der Arbeit Heere,
Vernehmt auch ihr den Ruf der Zeit!
Uns drückt dasselbe Loos, das schwere,
Das längst die Männer rief zum Streit.
Sprecht nicht vom schwächeren Geschlechte!
Sind wir zur Arbeit stark genug,
Sind wir auch stark für unsre Rechte
Uns einzureih'n dem Kämpferzug!
Gemeinsam werden wir bezwingen
Das Elend, das in Bann uns schlägt,
Der Menschheit Güter zu erringen
All dem, was Neuschmantlicht trägt!

Martha Albert.

Notizenteil.

Vereinsrecht der Frauen.

Dürfen Frauen in Preußen auch außerhalb der Wahlzeit politische Vereine bilden? Diese für die Frauenbewegung so wichtige Frage wurde bekanntlich früher auf Grund des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes von den Gerichten verneint. Inzwischen wurde aus Anlaß der lex Necke in öffentlichen Versammlungen behauptet, § 8 entbehre der Rechtsgültigkeit, soweit er im Gegensatz zu Artikel 4, 29 und 30 der Verfassung das Versammlungsrecht der Frauen beschränkt oder gar ihr politisches Vereinsrecht verbietet. Denn der ominöse § 8 ist ohne zweimalige Lesung mit mindestens 21 tägigem Intervall (Art. 107 der Verfassung) zu stande gekommen. Er ist also rechtsungültig oder mindestens soweit rechtsungültig, als er den verfassungsmäßig garantierten Rechten der Frauen widerspricht. Das Oberverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung vom 21. Januar 1902 angenommen, das verfassungsmäßige Zustandekommen des Vereinsgesetzes habe es nicht zu prüfen, da Artikel 106 der Verfassung dem preußischen Richter dies verbiete, falls das Gesetz in der Gesetzsammlung gehörig bekannt gemacht ist. Es übersah dabei, daß ja auch die Verfassung „gehörig bekannt gemacht“ ist und der Widerspruch zwischen zwei gehörig publizierten Gesetzen vom Richter nicht zu gunsten einer der Verfassung widersprechenden Auslegung erfolgen darf. Um die Möglichkeit zu erreichen, daß endlich einmal das Reichsgericht seine Ansicht über diese Frage ausspreche, forderte Stadthagen, wie die „Gleichheit“ berichtete, in einer öffentlichen Versammlung vom 10. Juni 1902 zum Ungehörig gegen § 8 des Vereinsgesetzes auf. Es ist nunmehr nach Schluß des Reichstags das Strafverfahren auf Grund des § 110 Str.-G.-B. gegen unseren Genossen eingeleitet. Auch der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ ist wegen des Berichtes über jene Versammlung in

das Strafverfahren hineingezogen. Die „Gleichheit“ wird demnächst von fachkundiger Seite eine eingehende Erörterung der hochwichtigen Frage veröffentlichen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der diesjährige Kongress der sozialistischen Frauen Belgiens findet am 31. Mai und 1. Juni im Maison du Peuple zu Brüssel statt. Auf seiner Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Die Frauenbewegung; 2. die industrielle Frauenarbeit; 3. die Prostitution; 4. die Lage der Spizenklopplerinnen; 5. die Sterblichkeit der Kinder der Industriearbeiterinnen; 6. die Propaganda. Gelegentlich des Kongresses begehrt die Brüsseler Gruppe der Liga sozialistischer Frauen Belgiens ihr Stiftungsfest.

F. K.

Sozialistische Frauenzeitungen in Belgien. Dem Beschlusse des letzten Kongresses der sozialistischen Frauen Belgiens entsprechend ist kürzlich eine sozialistische Frauenzeitung in französischer Sprache gegründet worden, welche den Titel führt „La Femme Socialiste“ (Die sozialistische Frau). Die organisierten Genossinnen verfügen außerdem über ein Organ in vlämischer Sprache „Die Frauenstimme“, und Genossin Gatti de Gamond gibt die „Cahiers féministes“ (Frauenhefte) heraus.

F. K.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Eine Beschwerdekommision für die Arbeiterinnen von Magdeburg ist daselbst von den Genossinnen eingesetzt worden. Zwei Genossinnen wurden damit beauftragt, Beschwerden der Arbeiterinnen entgegenzunehmen, zu prüfen und der Fabrikinspektion zu übermitteln. Es sind dies Frau Koppehl, Alte Neustadt, Ottenbergstraße 37, und Frau Bühring, Sudenburg, Michaelisstraße 14. Den beiden Genossinnen steht unter den zahlreichen Arbeiterinnen Magdeburgs, die zum großen Teile sehr traurige Arbeitsbedingungen haben, ein großes Wirkungsgebiet offen. Hoffentlich wird es ihrer Einsicht und Pflichttreue gelingen, dasselbe mit gutem Erfolge zu befehlen.

o. b.

Frauenbewegung.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und die Wahlen. In einem neuerlichen „Kundschreiben“ empfiehlt der Verein für Frauenstimmrecht den bürgerlichen Frauen, den Bewerbern um ein Reichstagsmandat folgende Erklärung zur Unterschrift vorzulegen: „Ich stehe einer gründlichen Reform der Mädchenschulen, der obligatorischen Fortbildungsschule für Mädchen, der Immatrikulation vorschrittsmäßig vorgebildeter studierender Frauen an Hochschulen freundlich gegenüber. — Ich erkläre mich für Reform des Gesindewesens; für Arbeiterinnenschutzgesetzgebung; für Gleichberechtigung der Frauen hinsichtlich der Wahlen zu Kaufmanns- und Gewerbegerichten; für Anstellung der Frauen in kommunalen und staatlichen Ämtern und Ehrenämtern; für gleiche Entlohnung gleicher Amtsleistungen von männlichen und weiblichen Beamten. — Ich trete für reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes im Sinne der liberalsten und fortgeschrittensten heute in Kraft befindlichen landesgesetzlichen Bestimmungen bedingungslos ein und bin willens, unter der Voraussetzung meiner Wahl zum Abgeordneten, oben dargelegten Grundsätzen vorkommendenfalls im Reichstag Ausdruck zu geben.“

Diese empfohlene Programmklärung bestätigt, was wir betreffs des verworfenen, schwächlichen Charakters der frauenrechtlerischen Wahlaktion in letzter Nummer dieser Zeitschrift bemerkten. Die Forderung des Frauenstimmrechtes ist von vornherein aus dem Programm ausgeschieden, da es nur „vorläufig realisiertere“ Reformen enthalten soll. Das Begehren von Arbeiterinnen- und Dienstbotenschutz ist ohne Festsetzung des geheißten Maßes eine inhaltslose Phrase, zu der jeder industrielle und agrarische Scharfmacher schwören kann. Und sogar die spezifisch frauenrechtlerischen Forderungen sind so bescheiden gehalten und tragen so wenig verpflichtenden Charakter, daß nur wenige Stockreaktionäre sich sträuben dürften, sie zu unterschreiben. Damit nicht genug: Den Kandidaten, welche frauenrechtlerischer Unterstützung teilhaftig werden wollen, steht es frei, einzelne der Programmpunkte zu streichen. Ein Kandidat, der „im Interesse eines Wahlerfolgs nicht riskieren zu können glaubt, sich in öffentlicher Frauenversammlung über seine Stellung zur Frauenbewegung auszusprechen“, kann auf Grund einer schriftlichen Erklärung des frauenrechtlerischen Segens teilhaftig werden, offenbar in der stillen Hoffnung, daß der gute Mann nach der Wahl seinen Wählern eine Nase dreht! Der ganze Jammer unserer rückständigen bürgerlichen Demokratie, unserer konfusen und schwächlichen Frauenrechtleri grinst aus dem Programm entgegen.